

Dolomiten, 02.04.05

MINDERHEITEN / MIDAS

Was Europas Minderheiten bewegt

Sieben europäische Journalisten, die für Minderheiten-Tageszeitungen schreiben, analysieren die Situation in ihrem Land

Barcelona/Bozen (jp) - "Beim Reden kommen die Leute zusammen", heißt es. So war es beim jüngsten MIDAS-Journalistentreffen in Barcelona, an dem neun Journalisten aus ganz Europa teilgenommen haben. Ihre Gemeinsamkeit: Sie alle berichten für Minderheiten in ihrem Land. In wenigen Sätzen sagen sie, was in ihrem Land derzeit diskutiert wird, wo die Probleme sind und wo die Chancen liegen.

die sich seit 1921 mit Erfolg selbst verwalten. Ich glaube, derzeit besteht keine Notwendigkeit, dies zu tun. Aber sollte die Schwedische Partei in Finnland Mandate verlieren, könnten sich die Dinge ändern.



Jens Nygaard,
Däne, lebt in Deutschland

Seit 1920 gibt es in Deutschland eine dänische Minderheit. Ebenso gibt es eine deutsche Minderheit in Dänemark. Die rund 50.000 Dänen in Deutschland zählen zu den sehr gut geschützten Minderheiten Europas. In der Region gibt es rund 50 dänische Schulen, die Dänisch als Muttersprache unterrichten. Die Minderheit hat ihre eigenen Buchereien, eine eigene Tageszeitung, Kulturorganisationen und Parteien, Kindergärten und andere Institutionen.

Zwischen den Dänen und den Deutschen bestehen gute Beziehungen. Die Minderheit wird von Deutschland und Dänemark finanziell unterstützt. Allerdings gab es zuletzt Probleme, weil Dänemark rund 65 Prozent der Kosten für beide Minderheiten übernimmt. Außerdem kämpfen die Dänen derzeit darum, dass Deutschland den Schülertransport für die dänischen Kinder bezahlt.

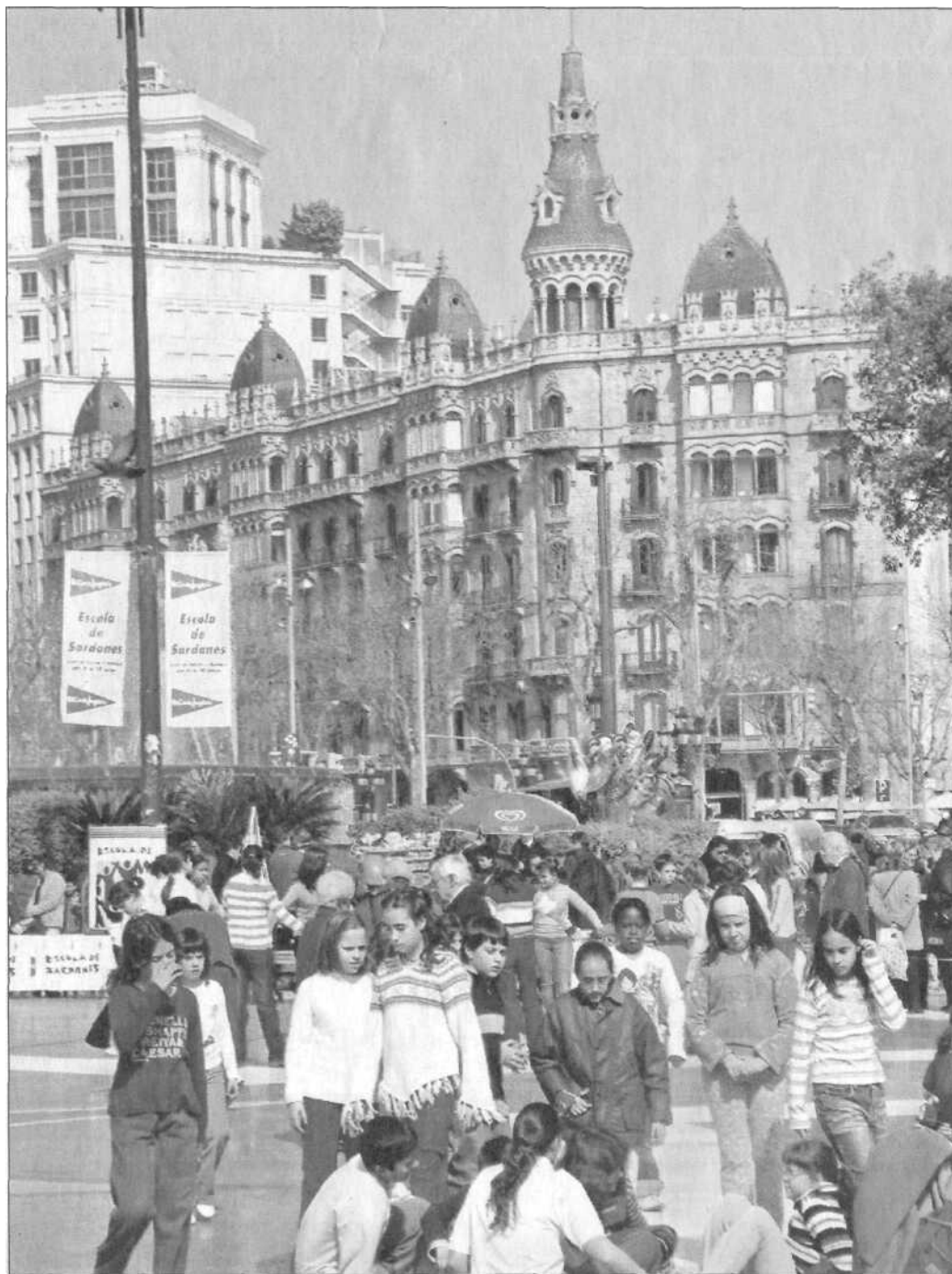
Bei den jüngsten Wahlen in Schleswig-Holstein hat sich die dänische Minderheit als "Zünglein an der Waage" für die Regie-

Von Dolomiten-Redakteurin
Jutta Perkmann aus Barcelona



Kenneth Myntti,
Schwede, lebt in Finnland

Im Vergleich zu anderen Minderheiten in Europa sind die schwedischsprachigen Finnen in einer vorteilhaften Lage. Ein Problem ergibt sich allerdings aus der Sprache: Obwohl Schwedisch in Finnland als offizielle Sprache anerkannt ist und obwohl es ein neues Sprachen-Gesetz gibt, bestehen im Alltag Probleme. So wird es zunehmend schwieriger, bestimmte Dienstleistungen in Schwedisch zu erhalten. Zum Beispiel im Krankenhaus: Nur in manchen Städten bekommen die Schweden Krankenpflege-dienste in ihrer Sprache. Dasselbe gilt auch bei Polizei und diversen Ämtern. Das ist vor allem für jene ein Problem, die nur eine Sprache sprechen.



Die Journalisten-Gruppe traf sich in Barcelona. Im Bild eine Gruppe von katalanischen Kindern an der Plaza Catalunya.
Foto: Jutta Perkmann

Jahre nach dem Fall des Kommunismus-immer noch nicht.



Kristina Berasain,
Baskin, lebt in Spanien

Das Baskenland befindet sich derzeit in einer spannenden Situation: Am 17. April finden Wahlen statt. Der Präsident der Baskischen Autonomie-Regierung, Juan Jose Ibarretxe, hat angekündigt, ein Referendum zum Ibarretxe-Plan durchzuführen, wenn er die Wahlen gewinnt. Der Plan besteht darin, dass das Baskenland eine stärkere Autonomie in einem "freien Verbund" mit Spanien findet. Die Baskische Nationalistenpartei (EAJ) hat dem Plan zugestimmt, genauso wie die unabhängige Partei Batasuna, die Spanien allerdings als illegal ansieht, weil sie Batasuna ETA-Kontakte vorwirft. Die spanische Regierung lehnt den Ibarretxe-Plan bislang noch ab. Darum ist es sehr schwer vorauszu-sehen, was in den nächsten Monaten passieren wird.

Ansonsten gibt es auch erfreuliche Entwicklungen im Baskenland: Der Prozentsatz der Kinder, die die baskische Sprache lernen, nimmt Jahr für Jahr zu.

Vorkurzem starbein Mannan einem Herzinfarkt in meiner Region Ostrobotnia, weil der Krankenwagen die richtige Adresse nicht finden konnte. Der Grund war, dass der finnische Zivildienstler beim Notruf in der Telefonzentrale nicht genügend Schwedisch verstand, um die Adresse korrekt aufzunehmen.

Derzeit wird diskutiert, ob es in Finnland eine Autonomie für die Schweden geben könnte, ähnlich jener der Åland-Inseln,

Was ist Midas?

Mehr als 40 Millionen Menschen in der Europäischen Union sprechen eine andere Sprache als jene in ihrem Land. Um die Sprache und Kultur der Minderheiten zu fördern, wurde Midas gegründet: Die "European Association of Daily newspapers in Minority and Regional Languages - MIDAS" (Europäische Organisation von Tageszeitungen in Minderheits- und Regionalsprachen) ist der Zusammenschluss von Europäischen Tageszeitungen, die für Minderheiten berichten. MIDAS zählt derzeit 26 Mitglieder, von Finnland über Estland bis zu Rumänien, Italien oder Spanien.

Das Ziel der Organisation ist es, Strategien zu koordinieren und Kooperation in den Verlagen, bei Marketing und Finanzierung zu erreichen. In Brüssel setzt sich die Organisation für die Rechte der Minderheiten in Europa ein.

Der Sitz von Midas ist bei der Europäischen Akademie in Bozen. Präsident ist Toni Ebner, Chefredakteur der Tageszeitung "Dolomiten", und Generalsekretär ist Günther Rautz. Weitere Informationen unter www.midas-press.org.

rungsbildung erwiesen. Viele Menschen aus der Region denken, dass die Dänen nicht Teil einer Regierung sein sollten, sondern sich primär um die Anliegen der Minderheit kümmern sollten. Dies hat alte Wunden wieder aufgerissen - und zeigt, dass die Beziehungen zwischen Deutschen und Dänen vielleicht doch nicht so gut sind, wie viele dachten.



Örs Szeghalmi,
Ungar, lebt in Rumänien

Seit 1920 gehört Transsylvanien zu Rumänien - und seit damals sind die Ungarn, die in Transsylvanien ansässig sind, in Rumänien eine Minderheit. Auch in anderen Regionen Rumäniens, zum Beispiel in Bukarest, und in Moldawien leben Ungarn. Insgesamt stellen die Ungarn 6,6 Prozent der rumänischen Bevölkerung. In der Region Szekler stellen sie sogar eine Mehrheit dar.

Die Rechte der ungarischen Minderheit sind in der rumänischen Verfassung nur unzureichend geschützt. Seit 1991 verlangen Rumäniens Minderheiten, von denen es insgesamt 22 gibt, ein Minderheiten-Gesetz. Aber es fehlt noch an rechtlicher Regulierung. Insbesondere im Schulunterricht in der Muttersprache gibt es noch Restriktionen.

Die "Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien" (DAHR) wurde 1989 gegründet, um die Interessen der Minderheit zu vertreten. Heute sind vie-

le Ungarn in Rumänien mit der DAHR nicht mehr einverstanden. Darum entstand eine neue politische Gruppierung, die "Ungarische Zivil-Allianz". Die beiden Parteien stehen im Wettbewerb zueinander: Die eine kämpft um den Machterhalt, und die andere darum, die Macht zu ergreifen. Darum wird die wirkliche Vertretung der Ungarn in Rumänien Tag für Tag schwächer.



Jevgenia Garanza,
Russin, lebt in Estland

Ein Drittel der 1,3 Millionen Esten gehören der Russischen Minderheit an. Die meisten Russen leben in Tallinn und in den Städten und Regionen wie Narva, Kohtla-Järve, Sillamae und Peipsi Järv. Viele der Vorfahren dieser Russen gehörten der orthodoxen Gruppe der Raskolniks an, die vor langer Zeit in Russland von der Russischen Orthodoxen Kirche verfolgt wurden und nach Estland geflohen sind. Andere Russen in Estland sind Nachfolger der 40.000 Flüchtlinge aus der Oktoberrevolution von 1917.

Das größte Problem: Über 100.000 Russen, die in Estland leben, haben keine Staatsbürgerschaft, obwohl sie in Estland geboren sind. In ihren Pässen steht das Wort "Allen" (Ausländer). Zuletzt hat sich das estnische Parlament bemüht, den Staatsbürgerschafts-Prozess zu beschleunigen. Die Russen

müssen eine Prüfung in estnischer Sprache und zur Verfassung ablegen. Rund 2000 Bürger erhalten derzeit monatlich die Staatsbürgerschaft, aber das reicht noch nicht aus. Viele Russen, die in Estland geboren sind, denken, dass sie die Staatsbürgerschaft ohne die obligatorische Prüfung erhalten sollten.

Ein weiteres Problem ist die Nähe zu Russland. Kulturell ist das bereichernd, aber für unsere Politik ist es nicht gut. Die russische Minderheit kann mit der estnischen Regierung nicht über ihre Probleme reden, ohne sofort vom russischen Außenminister zitiert zu werden. Da die estnisch-russischen Beziehungen sehr delikat sind, konnten die estnischen Behörden zuletzt keinen Schritt auf die Russen zukommen.

Nicht zuletzt ist die russische Gemeinschaft in Estland selbst an einigen Missständen schuld: Wir haben keine charismatischen Führer. Die russischen Parteien in Estland blieben bei den letzten Wahlen außen vor, weil sie nach endlosen Konflikten von weniger als fünf Prozent der Bevölkerung gewählt wurden. Wenn wir also unsere Situation verbessern wollen, dann müssen wir auch bei uns selbst beginnen.



Katarina Juhászova,
Ungarin, lebt in der Slowakei

In den letzten Jahren gab es positive Änderungen im Leben

der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Die Ungarische Koalitions-Partei (SMK) ist seit 1998 Teil der Regierungskoalition.

Im vergangenen Oktober hat die Regierung beschlossen, eine ungarische Universität in der Südslowakei zu gründen, wo die meisten Ungarn leben. Zuvor hatten die Ungarn sich bei der universitären Bildung benachteiligt gesehen, da nur zwei Prozent der Ungarn eine Universität besuchen, im Gegensatz zu 4,8 Prozent bei den Slowaken.

Das neue Sprachen-Gesetz und Gesetze zur Schulbildung und Ausbildung haben einen starken Druck von der ungarischen Minderheit genommen.

Trotzdem gibt es noch Diskriminierungen und Spannungen zwischen den Ungarn und den Slowaken. Die Slowaken fürchten insbesondere eine "Ungarisierung" der südlichen Slowakei - das könnte zu künftigen Konflikten führen.

Zuletzt hat der ungarische Premierminister Ferenc Gyurcsány für Diskussionen gesorgt, als er dafür plädierte, dass für die fünf Millionen Ungarn, die außerhalb Ungarns leben, eine Autonomie besser wäre als eine doppelte Staatsbürgerschaft. Die Ungarn haben bei einem Referendum im vergangenen Jahr gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft votiert. Die slowakische Politik wurde dadurch aufgeschreckt. In den bevorstehenden Regionalwahlen könnte es zu antiungarischen Koalitionen unter den slowakischen Parteien kommen, um die Ungarn von der Politik auszuschließen. Die Ungarische Koalitionspartei (SMK) sagte zuletzt, dass es ihr nicht um eine territoriale, sondern um eine kulturelle Autonomie ginge.

Ein Gesetz, das die Minderheitenschutz würde allen Minderheiten in der Slowakei zugute kommen. Dieses Gesetz gibt es in der Slowakei selbst 15



Jan Grgic,
Slowene, lebt in Triest/Italien

Es gibt rund 100.000 Slowenen in Italien, die in den Regionen Friaul, Triest und Udine leben. Zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg standen die Slowenen stark unter Druck. Die Faschisten verboten die slowenische Sprache, die slowenischen Organisationen und Institutionen, den slowenischen Schulunterricht und unterdrückten auch die slowenischen Familiennamen, die sie italienisierten. Tausende von Slowenen wanderten aus, zum Beispiel nach Argentinien. Heute haben die Slowenen in Italien ein reges Leben entwickelt: Es gibt zwei politische Parteien, eine große Zahl von kulturellen Organisationen, eine wissenschaftliche Institution und eine slowenische Tageszeitung. In Triest und Görz gibt es slowenische Schulen; die Slowenen in Udine verfügen über Privatschulen. Zur Republik Slowenien bestehen gute Beziehungen, so greift Slowenien der Minderheit finanziell unter die Arme. Im London Memorandum (1954) und im Vertrag von Osimo (1975) erkennt Italien die Rechte der slowenischen Minderheit in Friaul an, jedoch nicht jene der Slowenen in Udine. Die slowenische Minderheit in Italien ist mit der aktuellen rechtlichen Absicherung der Minderheit, die von Region zu Region anders ausfällt, nicht zufrieden. Die Slowenen wollen daher mit der Hilfe der Republik Slowenien einen einheitlichen Minderheitenschutz erreichen. Ein entsprechendes Gesetz gibt es seit 2001 - leider besteht es nur auf dem Papier.